

20. III. 1918

Eine deutsche Kundgebung.

In der am 15. d. M. vom Deutschnationalen Bezirksverein Wien-Landstraße im Dreheraale veranstalteten Versammlung wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Die auf Veranlassung des Deutschnationalen Bezirksvereins Wien-Landstraße Versammelten verlangen, daß bei Abschluß von Friedensverträgen unbedingt auch die Zahlung von Kriegsschädigungen von unseren Gegnern verlangt werde, da Oesterreich angesichts seiner schwachen wirtschaftlichen Verhältnisse außerstande ist, die Kriegskosten auf die Dauer allein zu tragen. Kriegsschädigungen müssen insbesondere im Interesse des Mittel- und Arbeiterstandes verlangt werden. Der Arbeiterstand lebt in einem großen Irrtum, wenn er glaubt, daß die Kriegsmilliarden von den besitzenden Klassen und den Kriegsgewinnern allein getragen werden. Der Anfang mit der Forderung von Kriegsschädigung muß jetzt bei Rumänien gemacht werden.

Die Regierung hat die Pflicht, sich diesen Standpunkt nicht nur selbst anzueignen, sondern auch durch die Presse die Bevölkerung in diesem Sinne aufzuklären und alle Presseäußerungen, welche diesem Bestreben entgegengerichtet sind, ausnahmslos stets unverzüglich amtlich richtig zu stellen.

Nachdem unsere Gegner ihre Siegeshoffnung nunmehr ausschließlich auf unseren inneren Zerfall und auf den Zerfall des deutsch-österreichischen Bündnisses aufbauen, ist es heilige Pflicht der Regierung, die Hege, welche gewisse Tagesblätter gegen dieses Bündnis betreiben, rücksichtslos zu unterdrücken, falls nicht der Anschein erweckt werden soll, daß diese Hege von gewisser Seite geradezu gerne gesehen wird.

In wirtschaftlicher Hinsicht fordern wir, daß die Regierung alles daran setze, um durch die Zufuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine unserer täglichen Not schnellmöglichst abzuheben, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Wagenfrage alle unsere militärischen Erfolge zur Freude staatsunfreundlicher Elemente in Frage stellt. Auf alle Fälle hat uns Ungarn unverzüglich mit Lebensmitteln anzuhelfen, welche ihm aus den Zufuhren aus der Ukraine zurückerstattet werden können, sobald die Not in Oesterreich behoben ist.

Die Versammelten verlangen von der Regierung, daß bei den Friedensschlüssen die Interessen Oesterreichs auch in der Richtung gewahrt werden, daß dem ungarischen Staate auf die Einfuhr von Fleisch, Vieh, Getreide und sonstigen Lebensmitteln nach Oesterreich keinerlei hemmender Einfluß zugestanden werde, wie dies bisher leider der Fall gewesen ist.

Die Versammelten verlangen weiter die Beseitigung der Kriegszentralen, da sie die in sie gesetzten Hoffnungen nicht nur nicht erfüllt, sondern durch ihre bureaukratische Führung und als Ableger der jüdischen Großbanken christlichen Handel und Wandel gänzlich zu erschöpfeln drohen — zum Schaden des Staates, der ohnehin schon fast unrettbar den Klauen dieser Großbanken verfallen ist.

In politischer Hinsicht steht die Versammlung auf dem Standpunkte der Osterbegehrgschrift vom Jahre 1916 und erwartet von allen deutschen Abgeordneten, daß sie ausschließlich im Rahmen dieser Begehrgschrift

für die Neuordnung der Dinge in Oesterreich eintreten werden. Auch die deutsch-böhmische Frage ist im Rahmen dieser Osterbegehrgschrift zu lösen.